

Zeitschrift: Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen
Herausgeber: Verein Aktiver Staatsbürgerinnen
Band: 17 (1961)
Heft: 5-6

Rubrik: Von der 50. Delegiertenversammlung des Schweizerischen Verbandes für Frauenstimmrecht v. 3./4. Juni 1961 in Aarau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Von der 50. Delegiertenversammlung des Schweizerischen Verbandes für Frauenstimmrecht v. 3./4. Juni 1961 in Aarau

Eine Stadträtin stellt sich vor: *Lucette Favre-Rognon* aus Neuenburg, früher Krankenschwester, jetzt verheiratet, Mutter eines kleinen Jungen von vier Jahren. Seit 8 Monaten Mitglied des Stadtrates (Legislative) von Neuenburg. Seit dem 7. Mai auch noch Kantonsrätin. Sachlich, ernst spricht sie von ihrer Arbeit im Stadtrat: Eine Motion, in der sie die Einrichtung von Schülerhorten verlangt hat, eine andere, die die Erhöhung der Zusatzrenten für Betagte bezweckt. Frau Favre berichtet auch über die Motion ihrer Kollegin Raymonde Schweizer im Kantonsrat: Erstellung neuer Pensionsheime für junge Leute, die von auswärts kommen, und zwar nicht nur für Burschen, sondern auch für junge Mädchen. Frau Favre ist jung, voll heiligen Eifers, sie ist überzeugt, dass die Frauen als Behördemitglieder einen wichtigen sozialen Beitrag leisten.

Frau *Groux*, waadtländische Gemeinderätin, hatte nach ihren eigenen Worten die Chance, schon als junges Mädchen staatsbürgerlichen Unterricht zu erhalten. Vielleicht darum die Leichtigkeit, die Freude mit der sie über ihre Mitarbeit im Gemeinderat von Grandson spricht. Auch sie zeigt, dass Politik vom Menschen aus geht und immer wieder zum Menschen hinführt.

„Die Demokratie ist kein Geschenk, sie ist eine Aufgabe. Wie soll ein Staatsbürger in der Schweiz seine anspruchsvollen Aufgaben erfüllen können, wenn er nicht einen gründlichen staatsbürgerlichen Unterricht erhalten hat?“ so fragte *Prof. Dr. Karl Schib* aus Schaffhausen. Knaben und Mädchen sollen diesen Unterricht gemeinsam besuchen. So stossen sie ganz ungezwungen und selbstverständlich auf die Frage des Frauenstimmrechts. Ein junger Mann, der in der Schule aktuelle politische Probleme mit Mädchen sachlich diskutiert, kann im Ernst den Frauen die Fähigkeit für die politische Mitarbeit nicht mehr absprechen.

Die hier skizzierten Referate wurden vor der 50. Delegiertenversammlung des Schweizerischen Verbandes für Frauenstimmrecht unter dem Vorsitz von Frau Dr. Lotti Ruckstuhl, Wil SG gehalten. 150 Delegierte, davon rund 1/3 aus Kantonen mit Frauenstimmrecht, nahmen daran teil. Dass auch die politisch noch rechtlosen Deutschschweizerinnen ihre Freude haben am parlamentarischen Betrieb, zeigten die Verhandlungen der Geschäftssitzung mit Jahresbericht, Jahresrechnung und Statutenänderung. Ein Bankett am Samstagabend, ein Ausflug nach den Schlössern Lenzburg und Hallwil diente dem persönlichen Gedankenaustausch.

Was Stadtrat Nil während des Banketts über Aarau, seine politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse berichtete — auch Nationalrat Gloor und Grossrat Hohl ergriffen das Wort —, war ein ausgezeichnete staatsbürgerlicher Abriss, aus dem als besonders interessant erwähnt sei: Aarau mit seinen 4800 Stimmberechtigten löst seine gesetzgeberischen Aufgaben noch immer an den Gemeindeversammlungen und hat sie noch keinem Gemeinderat (Legislative) delegiert. F. S.